

[s.n.]

Autor(en): **Hax, Doris**

Objektyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **111 (1985)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

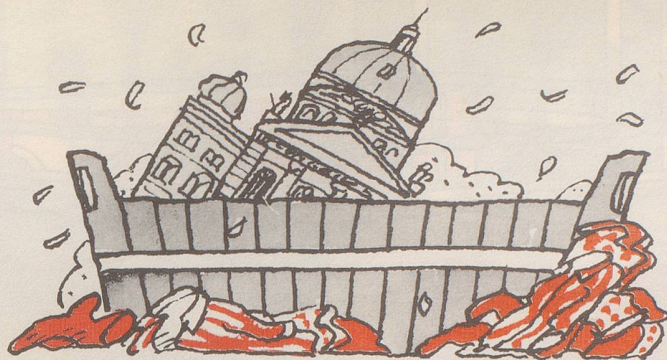
Gibt es in der Schweiz 103 (von insgesamt über 3000) pflichtvergessene Gemeindeverwaltungen? Diese Frage drängt sich mir auf, wenn ich in der Presse lese, dass zahlreiche Referendumsunterschriften für die Katz waren, weil die betreffenden 103 Gemeindekanzleien zu bequem oder zu gleichgültig waren, die Prüfung der Unterschriftenberechtigung so speditiv an die Hand zu nehmen, dass die Unterschriftenbogen noch innert der gesetzlichen Frist an das Bundeshaus geleitet werden konnten – und das, wohlverstanden, obschon die Unterschriftenbogen diesen Gemeinden rechtzeitig innert der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden waren. Lisette hat zwar für das fragliche Referendum gegen die Investitionsrisikogarantie nicht viel übrig, um so mehr aber für die Respektierung der Volksrechte. Den Behörden und Beamten, die glauben, es damit nicht so genau nehmen zu müssen (zumal, wenn ihnen ein Referendum oder eine Volksinitiative wider den Strich geht), sollte man tüchtig einheizen. Daher Lisettes Frage: Sind nicht 103 Beschwerden fällig??



Im Bericht über eine kantonale Partei-Delegiertenversammlung, welche Abstimmungsparolen herauszugeben hatte, liest man folgendes:

«Die Tücken des Röstigrabens erlebte ein St. Galler alt Parlamentarier an der Bundesdelegiertenversammlung in Bern. Da staunten doch die übrigen Delegierten nicht schlecht, als er fast allein auf weiter Flur für die «rote» Ferieninitiative stimmte. Das Ganze stellte sich als sprachliches Problem heraus. Er hatte geglaubt, verstanden zu haben, der welsche Referent, Nationalrat Vital Darbellay, plädierte für die Initiative – und stimmte aus Solidarität mit seinem ehemaligen Fraktionskollegen ja. Dabei hatte dieser für Ablehnung votiert. Unter den aufmerksamen Blicken, denen er nun in hoher Charge an der Delegiertenversammlung in Abtwil ausgesetzt war, enthielt er sich der Stimme. Jetzt wird gerätselt, ob aus dieser halben Kehrtwendung schliesslich noch eine ganze (zum Nein) werde.»

Dieser Zeitungsbericht belegt es einmal mehr: unsere eidgenössischen Parlamentarier sind prachtvoll Kameraden; der eine und andere unter ihnen treibt die Solidarität mit seinen parlamentarischen Freunden so weit, dass er am Schluss nicht einmal mehr weiss, ob er zu irgendeiner Streitfrage überhaupt eine Meinung oder gar eine von des Freundes Meinung abwei-



Bundeshuus-Wösch

chende Meinung hat. Hauptsache, man ist gut und zuvorkommend zueinander. Selberdenken könnte diese Solidarität beeinträchtigen.



Die Verwaltung hat es einfacher als das Parlament; sie kann die Probleme nach dem Motto lösen: pro neues Problem ein neuer Beamter. Und je grösser der Verwaltungsbetrieb, desto mehr Beamte, die in der Lage sind, ein auftauchendes Problem rechtzeitig zu orten und ebenso rechtzeitig dafür einen geeigneten neuen Mitarbeiter anzuheuern. Was noch den Vorteil hat, die Überlastung bestandener Beamter mit Denkarbeit zu vermeiden.



In diesen Wochen haben die Bundesbeamten allerdings keine Zeit, über Bundesprobleme nachzudenken. Ihre Köpfe werden voll und ganz vom Berner Fiskus in Anspruch genommen, ihr Denken konzentriert sich restlos auf die Bewältigung des Formulars mit der beliebten Aufschrift «Steuererklärung». Deren Ausfüllung erfordert heuer – auch von den Beamten – einen erheblichen intellektuellen Mehraufwand. Denkerische Schwerarbeit sozusagen. Der Berner Fiskus ermutigt das eigenständige Denken der Steuerbürger mittels Informationsverknappung, d.h. durch Kürzung der «Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung» auf einen Drittel des bisherigen Umfangs. Durch solche Informationsverknappung wird das selbständige Denken des Bürgers (beim Ausfüllen des Steuerfackels) zweifelsohne gefördert und damit ein wertvoller Beitrag zur Aktivierung der schweigenden Mehrheit geleistet.



Es ist so Mode geworden: wird einer sechzig, hat er Anrecht auf eine Gedenkschrift

voll teilschürfender Analysen und liebenswürdiger Phrasen über seine Person und sein Wirken. Es braucht einer nicht einmal Bundesrat zu sein. Im Aargau – seit Jahrzehnten ohne Vertreter im hohen Gremium – genügt es, Fast-Bundesrat gewesen zu sein. So geschehen mit dem Badener Ständerat Julius Binder. Dem «Fünfundzwanziger» widmeten seine Weggefährten einen Prachtsband mit dem griffigen Titel: «Mut zum Vorgriff». Der Mann also, der immer antizipierte, wie man heute so schön deutsch sagt. Es gibt aber eine Reihe anderer «Fünfundzwanziger» unter der Bundeskuppel. Laut internen Informationen wird eine ganze Serie solcher Geburtstagsbücher folgen. Hier die unvollständige Liste: «Mut zum Durchgriff» für den Berner Spitalpolitiker Heinz Bratschi, «Mut zum Angriff» für den Sanktgaller Kurt Bürer (Mitglied des FC Nationalrat), «Mut zum Eingriff» für den Freiburger Preisüberwacherkandidaten Laurent Butty, «Mut zum Notgriff» für den Eisenbahnergewerkschafter Jean Clivaz, «Mut zum Doppelgriff» (in die Subventionskasse) für die Bauernvertreter Gottlieb Geissbühler und Albert Rüttimann usw. Auf den Basler Sprücheklopfer Felix

Auer wartet ein besonderer Titel: «Mut zum Griff in die Hosentasche», in welcher sich manchmal ein geladener Sprengkörper befindet ... All den braven Weggefährten, die zur Schreibe aufgefordert sind, wünscht Lisette viel «Mut zum Griffel».



Noch ein paar Fragen an Radio Eriwan:

Hat die grosse steuerliche Benachteiligung der Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren durch die Grosszahl der Kantone und vor allem durch den Bund noch irgend etwas mit der stets offiziell propagierten Förderung von Ehe und Familie zu tun?

Antwort: *Im Prinzip nein, doch gewährleistet die hohe Besteuerung der doppelverdienenden Ehepaare, dass nur wirklich liebende und opferwillige Partner sich gegenseitig die Eheringe überstreifen. Das ist beste Förderung der Ehe, die dadurch im doppelten Sinn teuer wird.*

Die «Berner Zeitung» hat seit 1979 einen Abgang von nicht weniger als 45 Redaktoren aufzuweisen. Ist das Ausdruck dafür, dass Verwaltungsrat und Chefredaktion mit den armen Journalisten zu hart umgehen?

Antwort: *Im Prinzip ja, doch darf man das dem Verwaltungsrat nicht zu sehr anlasten, da er mit der Entlassung von Chefredaktoren eine Art ausgleichende Gerechtigkeit schafft. Und das immer im besten Einvernehmen.*

Wie ist das eigentlich mit dem «Projekt Gewähr» der Nagra? Bietet es wirklich Gewähr dafür, dass bei uns der Atom Müll langfristig sicher gelagert werden kann?

Antwort: *Im Prinzip ja, denn man hat einen sicheren Abfallsack gefunden. Allerdings ist man noch immer auf der Suche nach einem sicheren Abfall-Loch.*

Lisette Chlämmerli

